

Antrag

der Fraktion Die Linke auf Annahme einer Entschließung

35 Jahre Deutsche Einheit – Chancen, Herausforderungen und gemeinsamer Auftrag für Berlin

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Die Wochen und Monate des Umbruchs 1989/90 waren getragen von einer großen Hoffnung der DDR-Bürger:innen auf Freiheit, Gerechtigkeit und echte demokratische Mitbestimmung. Der Tag der Deutschen Einheit, der 3. Oktober 1990, wird heute oft als Höhepunkt dieses Aufbruchs erzählt und als politischer Triumph gefeiert. Diese Perspektive greift aber zu kurz und wir werden unserer politischen Verantwortung nicht gerecht, wenn wir es uns in dieser Erfolgserzählung zu gemütlich machen. Für viele Menschen in der DDR war die Wiedervereinigung nicht das Ziel, sondern der Beginn eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels – verbunden mit großen Erwartungen, aber eben auch mit Enttäuschungen, Brüchen und großen Verlusten. Dies darf nicht nur eine Randnotiz bleiben. Zahlreiche Betriebe wurden abgewickelt oder privatisiert und ganze Wirtschaftsstrukturen verschwanden über Nacht. Millionen Menschen verloren ihre Arbeit, mussten sich beruflich völlig neu orientieren und hatten keine Chance mehr auf eine Karriere. Während sich für manche neue Chancen auftaten und lange getrennte Familienbande und Freundschaften wieder aufgenommen werden konnten, zerbrach das soziale Umfeld vieler Menschen und damit einher ging das Gefühl, dass die eigene Lebensleistung entwertet wurde. Viele verloren ihre Wohnung, ihr Selbstbewusstsein und ihr Vertrauen in die Demokratie. Viele erinnern den Transformationsprozess der 90er Jahre heute kaum noch als Beginn eines demokratischen Neuanfangs, sondern als radikalen Bruch mit existenziellen Folgen.

Gleichzeitig ist in den letzten 35 Jahren viel erreicht worden. Viele Regionen haben sich positiv entwickelt, neue Chancen und Perspektiven entstanden, und der Austausch zwischen Ost und West ist selbstverständlich geworden. Ein gemeinsames demokratisches Selbstverständnis hat sich herausgebildet, das jedoch weiter gestärkt werden muss. Denn soziale, wirtschaftliche und politische Ungleichheiten bestehen fort – ob bei Löhnen, Vermögen, Eigentum, Führungs-

positionen oder in den Medienstrukturen. Diese Ungleichheiten gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Transformationspolitik der 1990er Jahre, insbesondere die massiven Privatisierungen, haben bis heute sichtbare Spuren hinterlassen: ökonomische Abhängigkeiten, Leerstände, marode Infrastrukturen und katastrophale Zustände in der öffentlichen Daseinsvorsorge. Auch in Berlin müssen wir heute die Konsequenzen dieser politischen Fehlentscheidungen ausbaden. Am schlimmsten ist dabei jedoch der immaterielle Schaden, den diese Politik angerichtet hat. Denn wo Menschen sich abgehängt, schlecht versorgt und entwertet fühlen, da gerät das Vertrauen in demokratische Institutionen ins Wanken – und das passiert gerade nicht nur im Osten.

Die deutsche Einheit ist kein abgeschlossener Zustand, sondern ein fortlaufender Prozess. Eine Aufgabe, der wir uns stellen müssen. Symbolpolitik wie neue Straßennamen oder Denkmäler reichen nicht aus, um die Gräben zu überwinden, die nach wie vor entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze existieren. Nur eine gerechte Einheit kann Brücken bauen, die diese Gräben langfristig überwinden. Dazu gehören eine ökonomische Angleichung, faire Repräsentation, gerechte Eigentumsverhältnisse, gleichwertige Lebensbedingungen und echte demokratische Mitbestimmung. Eine selbstkritische Aufarbeitung der Nachwendezeit ist Voraussetzung für eine gemeinsame demokratische Zukunft. Die negativen Erfahrungen vieler Ostdeutscher nach 1990 sind Teil der gesamtdeutschen Geschichte und verdienen Anerkennung und politische Konsequenzen.

Das Abgeordnetenhaus würdigt den mutigen Einsatz der Bürgerrechtsbewegung und die Lebensleistung der Menschen in Ostdeutschland, die unter schwierigen Bedingungen enorme gesellschaftliche Veränderungen bewältigt haben, sowie das Engagement all jener, die sich für Verständigung, Solidarität und soziale Gerechtigkeit zwischen Ost und West einsetzen. Berlin kommt dabei eine besondere Bedeutung zu: Als Stadt mit geteilter Vergangenheit sind hier sowohl die Brüche als auch die Chancen der Einheit besonders sichtbar.

In diesem Sinne verpflichten wir uns:

- ostdeutsche Perspektiven und Erfahrungen stärker in Führungs- und Entscheidungspositionen in Verwaltung, Landesunternehmen, Kultur, Wissenschaft und Medien zu berücksichtigen,
- Erinnerungspolitik weiterzuentwickeln: Neben Freiheits- und Einheitsfeiern soll auch die Geschichte der Transformation, ihrer sozialen Brüche und ihrer demokratischen Potenziale sichtbar werden – etwa durch Bildungsprogramme, Ausstellungen und Orte des Dialogs,
- die Fehler und Folgen der Privatisierungspolitik der 1990er Jahre wissenschaftlich aufzuarbeiten und Möglichkeiten der Rekommunalisierung konsequent zu nutzen, um demokratische Kontrolle und öffentliche Daseinsvorsorge zu stärken.

Die Einheit Deutschlands bleibt eine gemeinsame Aufgabe. Sie ist erst dann vollendet, wenn alle Menschen – unabhängig von Herkunft, Vermögen oder Geschichte – die gleiche Chance haben, ihr Leben in Würde, Sicherheit und Mitbestimmung zu gestalten.

Berlin, den 08.10.2025

Helm Schulze
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke